



Think Big(ger)! Warum feministische Außenpolitik ein radikales Umdenken erfordert

Frank A. Stengel · Annick T. R. Wibben

Eingegangen: 28. Juni 2024 / Angenommen: 25. Juli 2024 / Online publiziert: 8. Oktober 2024
© The Author(s) 2024

Zusammenfassung Nach der Veröffentlichung der Leitlinien des Auswärtigen Amtes 2023 ist die Debatte über feministische Außenpolitik schnell wieder ins Stocken geraten. Ein Grund dafür ist fortbestehende Unklarheit über die Kernelemente feministischer Politik. Dieser Beitrag ergänzt die in der Debatte vorherrschende liberale Perspektive durch eine poststrukturalistische. Dabei zeigt sich, dass eine konsequente feministische Außenpolitik ein deutlich radikaleres Umdenken erfordert als bisweilen angenommen.

Schlüsselwörter Feministische Außenpolitik · Gender · Deutsche Außenpolitik · Reflexivität · Postkolonialismus

✉ Dr. Frank A. Stengel

Arbeitsbereich Internationale Politische Soziologie, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel,
Wilhelm-Seelig-Platz 2, 24118 Kiel, Deutschland
E-Mail: stengel@ips.uni-kiel.de

Prof. Dr. Annick T. R. Wibben

Department of War Studies, Swedish Defence University, Box 278 05, 115 93 Stockholm, Schweden
E-Mail: annick.wibben@fhs.se

Think Big(ger)! Why a Feminist Foreign Policy Requires Radical Rethinking

Abstract The publication of the 2023 guidelines by the German Federal Foreign Office did not spark a lasting debate about feminist foreign policy. This is at least in part due to the difficulty to pinpoint what exactly feminist foreign policy should entail. This article develops practical recommendations from a poststructuralist-feminist perspective, complementing the liberal view that informs most policy-oriented work. It suggests that feminist foreign policy requires much more radical rethinking than is often assumed.

Keywords Feminist foreign policy · Gender · German foreign policy · Reflexivity · Postcolonialism

1 Einleitung

Feministische Außenpolitik hat derzeit einen schweren Stand in Deutschland. Auch wenn mit der Veröffentlichung der Leitlinien des Auswärtigen Amtes (AA) für feministische Außenpolitik vor rund einem Jahr kurzzeitig Bewegung in die Sache zu kommen schien (Auswärtiges Amt 2023), ist das Thema in Berlin relativ schnell wieder in Vergessenheit geraten. Dies ist vor allem der akuten Bündelung von Krisen zuzuschreiben, die – vom fortschreitenden russischen Angriff auf die Ukraine über den Krieg in Gaza bis hin zum Dauerbrenner Klimawandel – erhebliche außenpolitische Ressourcen binden und aus gutem Grund öffentlich debattiert werden.¹ Allerdings ist die mangelnde Aufmerksamkeit sicherlich in Teilen auch dadurch zu erklären, dass trotz einer (überschaubaren) Anzahl auch praxisorientierter Beiträge (Cheung et al. 2022; Rotmann 2022; Fröhlich und Hauschild 2023; Zilla 2024b) noch immer schwer greifbar ist, was eine feministische Außenpolitik jenseits des politischen Bekenntnisses zu Geschlechtergerechtigkeit eigentlich genau beinhaltet bzw. beinhalten soll.

Die Schwierigkeit, feministische Außenpolitik auf den Punkt zu bringen, ist nicht zuletzt dadurch bedingt, dass verschiedene Varianten des Feminismus nebeneinander existieren. Diese unterscheiden sich, abgesehen vom gemeinsamen politischen Bekenntnis zu Geschlechtergerechtigkeit, erheblich in ihren substanziel len Argumenten und Forderungen, theoretischen Grundannahmen und sogar in ihren Wissenschaftsverständnissen. Insofern feministische Außenpolitik in Deutschland explizit thematisiert wird (und das ist nach wie vor nur begrenzt der Fall), passiert dies oftmals aus liberal-feministischer Perspektive. Diesen Blickwinkel, der auch für die Leitlinien des AA charakteristisch ist, will dieser Beitrag aus explizit poststrukturalistisch-feministischer Perspektive um einige Punkte ergänzen (Hudson 2005). Soll femi-

¹ Jedoch zeigen die Beiträge zu einer jüngst veröffentlichten SWP-Studie, dass sich aus feministischer Perspektive durchaus Lösungsansätze für aktuelle Konflikte wie etwa den Krieg in der Ukraine oder den Konflikt in Gaza formulieren lassen (Zilla 2024b). Diese scheinen aber, wie Zilla jüngst gezeigt hat, in der Praxis nur in Grenzen eine Rolle zu spielen (Standke-Erdmann 2023; Zilla 2024a).

nistische Außenpolitik nicht – wie Rotmann (2022) etwas polemisch, aber treffend formuliert – auf eine Ausweitung der „üblichen paar „Frauenprojekte““ beschränkt werden, so ist es notwendig, feministische Theorie und Kritik deutlich umfassender hinsichtlich ihrer Implikationen für die Außenpolitische Praxis zu prüfen. Dies geschieht bislang in der deutschen Debatte nur selten (Fröhlich und Hauschild 2023). Hierzu geht der Beitrag zunächst auf das für Feminismen zentrale Konzept Gender und seine Relevanz für Außen- und internationale Politik ein. Im Anschluss daran werden theoriegeleitete Empfehlungen für eine feministische deutsche Außenpolitik entwickelt.

2 Was ist Gender und was hat das mit Außenpolitik zu tun?

Neben dem politischen Bekenntnis zu Geschlechtergerechtigkeit ist den verschiedenen Formen des Feminismus gemein, dass sie das Hauptaugenmerk auf Gender als zentrale Analysekategorie legen, so dass diverse damit verbundene Machtverhältnisse kritisch beleuchtet werden können. Dass sich bislang keine Einigkeit über die Inhalte einer feministischen Außenpolitik eingestellt hat, liegt nicht zuletzt an unterschiedlichen Ansichten darüber, was unter Gender zu verstehen ist und wie es zu analysieren wäre. Auch wenn der Feminismus oftmals gerade in Politikzirkeln mit Geschlechtergerechtigkeit gleichgesetzt wird, ist es wichtig zu verstehen, dass der Begriff Gender in der feministischen Forschung in den Internationalen Beziehungen deutlich breiter verstanden wird, nämlich als sozial bzw. diskursiv konstruierte Geschlechtsunterschiede (Brabandt 2017). Es geht hier also in erster Linie darum, wie im (Gender-)Diskurs die Bedeutung von Männlichkeit(en) und Weiblichkeit(en) in Relation zueinander produziert wird, welche Machtverhältnisse im Zuge dessen produziert, gestärkt oder hinterfragt werden und was das für die Art von Politik bedeutet, die wir gemeinhin als angemessen, rational, moralisch vertretbar usw. (oder eben nicht) ansehen. Vier Punkte sind hier relevant:

- Erstens proklamiert der traditionelle Genderdiskurs ein bestimmtes Verständnis von der Biologie menschlicher Geschlechter (*sex*) als binäre Kategorie. Vereinfacht gesagt, produziert der Genderdiskurs die (aus Sicht aktueller biologischer Forschung unterkomplexe) Annahme, Menschen seien biologisch gesehen entweder Frauen oder Männer (Butler 2007).²
- Damit verknüpft sind zweitens historisch gewachsene und im Diskurs geprägte Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit,³ also ‚typisch‘ männliche bzw. weibliche Eigenschaften wie stark/schwach, rational/irrational, nüchtern/

² Auch wenn definitiv biologische Unterschiede zwischen Männern und Frauen bestehen, etwa in Bezug auf den Hormonhaushalt, lassen sich *de facto* nicht alle Menschen auf Basis biologischer Kriterien klar einer der beiden Kategorien zuordnen, etwa weil sie über männliche und weibliche Chromosomen oder weibliche und männliche Genitalien verfügen oder hinsichtlich Knochenbau, Hormonhaushalt oder Hirnstruktur nicht klar zugeordnet werden können (Alpert et al. 2021; Blackless et al. 2000; DuBois und Shattuck-Heidorn 2021; Fausto-Sterling 2012; Sterling et al. 2023).

³ Hier ist allerdings zu berücksichtigen, dass diese Vorstellungen grundsätzlich kontextabhängig und wandelbar sind.

emotional, aktiv/passiv, öffentlich/privat, Objektivität/Subjektivität, Kultur/Natur, Ordnung/Chaos usw. (Carver 2006; Carver und Lyddon 2022; Hooper 2001; Peterson 2010; Sjoberg und Via 2010; Tickner 1988).

- Drittens überkreuzt sich Gender als soziale Kategorie mit anderen sozial konstruierten Merkmalen wie etwa Herkunft, ethnischer Identität (*Race*), Klasse, sexueller Identität und Orientierung, Kolonialität, Religion usw., die Anlass für Diskriminierung sein und sich gegenseitig verstärken können. So ist bspw. zu erwarten, dass eine schwarze Frau sich in einer durch weiße Vorherrschaft geprägten Gesellschaft einer stärkeren Diskriminierung ausgesetzt sieht als eine weiße.⁴ Deshalb betont die (postkolonial-)feministische Forschung heutzutage, dass Gender grundsätzlich intersektional, also im Zusammenspiel mit anderen Konstruktionen, analysiert werden muss (Collins 2019; Crenshaw 1989; Crenshaw 1991).
- Viertens ordnet der Genderdiskurs (verschiedene Formen von) Männlichkeit und Weiblichkeit hierarchisch an, wobei in der Regel Maskulinität privilegiert wird. Dies betrifft nicht nur Subjekte (Politikerinnen und Soldaten, Bürger und Wissenschaftlerinnen), sondern auch Objekte (z. B. Waffen oder Ballettschuhe), Praktiken (Kampfsport oder Cheerleading) und Institutionen (Streitkräfte oder das Bundesministerium für, wie der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder es ausdrückte, „Familie und das ganze Gedöns“ (SZ 2015)), die ebenfalls gegendert (mehr oder weniger maskulin oder feminin konnotiert) und rassifiziert sind und u. a. als Folge dessen auf- oder abgewertet werden (Carreiras 2017; Ray 2019; True und Hewitt 2018).

Zwei Eigenschaften machen Gender als ideologisches Konstrukt besonders wirkmächtig: Erstens ist der Glaube daran, dass Frauen und Männer über unterschiedliche „typische“ Eigenschaften verfügen, weit verbreitet und internalisiert (Peterson 2010). Da nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche – von Politik über Bildung bis zu innerer Sicherheit und Verteidigung – buchstäblich Jahrtausende von Männern dominiert waren und noch weitgehend sind, sind diese zweitens durch ursprünglich maskuline Verhaltenserwartungen und Praxis geprägt, die aber aufgrund ihrer starken Institutionalisierung nicht mehr als männlich konnotiert, sondern neutral wahrgenommen werden (Carver und Lyddon 2022). Beispielsweise ist das Verständnis von internationaler und insbesondere Sicherheitspolitik als Kampf um das Überleben in einer vermeintlich anarchischen Welt maskulin geprägt, auch wenn es in der Regel als objektive Beschreibung der Realität präsentiert wird (Tickner 1988).⁵

Warum ist das für Außenpolitik relevant? Wenn das Argument stimmt, dass Konstruktionen wie Gender, *Race*, Kolonialität usw. mit dazu beitragen, Subjekte, Objekte, Praktiken und Institutionen hierarchisch zu ordnen, dann tragen sie nicht nur mit dazu bei, wer in Organisationen aufsteigt (also zu Gender(un)gerechtigkeit), sondern auch dazu, wer in politischen Diskussionen Gehör findet, wer bei Entscheidungen

⁴ Das trifft auf die deutsche Gesellschaft ebenso zu wie auf die US-amerikanische, denn auch deutsche Identität ist eng mit Weißsein verknüpft. D. h. Deutschsein wird i. d. R. „weiß gedacht“ (Thattamannil-Klug 2015, S. 148; Aitken 2022; Müller 2011).

⁵ Das übersieht auch, dass zumindest Kenneth Waltz' Theorie ausdrücklich *nicht* mit dem Anspruch antritt, eine ontologische Beschreibung der internationalen Politik zu liefern (Waltz 1979, Kap. 1).

mitreden kann, welche inhaltlichen Argumente im außenpolitischen Diskurs zulässig sind und welche Politikoptionen und außenpolitischen Instrumente überhaupt ernsthaft in Erwägung gezogen werden (Enloe 2016; Hooper 2001; Peterson und Runyan 1993). Aus einer Genderperspektive ist die traditionell enge Verknüpfung von Streitkräften und maskulin geprägten Werten wie Stärke, Aktivität, Ordnung usw. beispielsweise ein Erklärungsfaktor dafür, warum in Krisensituationen der erste Reflex oftmals ist, über militärische Optionen nachzudenken, anstatt sich mit – in Baerocks Worten – feministischem „Gedöns“ aufzuhalten (Phoenix 2022). Ebenso ist es wahrscheinlich kein Zufall, dass (nichtweißen, nichtwestlichen) syrischen und afghanischen Geflüchteten mit Misstrauen und Angst vor Überfremdung begegnet wird, ukrainischen Geflüchteten hingegen nicht. Letztere werden nämlich als europäisch (weiß) eingestuft (auch wenn Osteuropäer traditionell als weniger europäisch angesehen werden als beispielsweise Nordeuropäer). Allgemeiner sehen sich politische Entscheidungsträger*innen gegenderten Verhaltenserwartungen (geprägt etwa durch rational-bürokratische Formen der Maskulinität) gegenüber, nach denen sie – gerade in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik – entscheidungsstark, rational und emotional abgeklärt aufzutreten haben und vor allem nicht „schwach“ erscheinen dürfen (Carver 2006; Christensen und Ferree 2008).

Ähnlich argumentieren Vertreter*innen de- und postkolonialer Ansätze, dass sich Argumente für Militärinterventionen in nichtwestlichen Ländern u.a. auf binäre Konstruktionen eines (zivilisierten, friedlichen, rationalen, modernen) Westens und eines (barbarischen, gewaltsamen, irrationalen, vormodernen) „Rests“ stützen, die paternalistische Politiken instinktiv einleuchtend erscheinen lassen und nichtwestliche Stimmen und Wissen marginalisieren (Barkawi und Stanski 2012; Chakrabarty 2000; Hall 1992; Hansen 2006; Inayatullah 2014; Muppidi 2012; Sabaratnam 2017; Salter 2002). Hier ist es besonders auffällig, dass selten hinterfragt wird, inwie weit die eigene Politik zu internationalen Machtgefällen beigetragen hat und welche Auswirkungen dies auch in der innenpolitischen Debatte hat. Dass koloniale Diskursmuster auch heute noch wirkmächtig sind, zeigt nicht zuletzt die Äußerung des Hohen Vertreters für die EU-Außenpolitik, Josep Borrell, im Herbst 2022, in der er Europa als „Garten“ und den Rest der Welt als „Dschungel“ bezeichnete, der in den Garten einzudringen drohe (Borrell 2022). Dass sowohl historisch (Stichwort: Kolonialismus) als auch in jüngerer Zeit (Stichwort: Interventionen) eher umgekehrt ein Schuh draus wird, schien ihn wenig zu stören.

Da auch die wissenschaftliche Praxis nicht frei vom Einfluss gegenderter, klassifizierter und kolonialer Konstruktionen ist, war eine erkenntnistheoretische Kritik auch der wissenschaftlichen Wissensproduktion von Anfang an Bestandteil sowohl feministischer als auch de- und postkolonialer Perspektiven (Said 1979; Tickner 1988; Wibben 2016). Ebenso wie Vertreter*innen anderer „kritischer“ Ansätze argumentieren Feminist*innen, dass alles Wissen als zumindest implizit normativ betrachtet werden muss. Das schließt explizit und insbesondere solches Wissen ein, das gemeinhin als „objektiv“ oder „empirisch“ verstanden wird (True und Hewitt 2018; vgl. Horkheimer 1937). Ein klassisches Beispiel dafür ist Hans Morgenthau Behauptung, Menschen streben grundsätzlich nach Macht – eine aus feministischer Sicht hochgradig selektive und maskulin geprägte Interpretation menschlicher Natur, die in Morgenthau Theorie jedoch als eine objektive, neutrale Beschreibung der Rea-

lität präsentiert wird (Tickner 1988). Ähnlich hat Carol Cohn (1993; 1987) in ihren Untersuchungen zur Wissensproduktion in der RAND Corporation zur US-amerikanischen Nuklearstrategie gezeigt, wie das Bedürfnis der beteiligten Wissenschaftler, nicht emotional (d.h. feminin) vor ihren Kollegen zu erscheinen, dazu beiträgt, grauenhafte und de facto selbstmörderische Unternehmungen wie Nuklearkrieg rational und normal erscheinen zu lassen und somit als akzeptable Politikoptionen zu legitimieren.

Ebenso hat eine lange Reihe de- und postkolonialer Studien, beginnend mit Edward Said, aufgezeigt, wie (vermeintlich) wissenschaftliche Untersuchungen zu einer Legitimierung nicht zuletzt gewaltamer kolonialer Politiken beigetragen haben (Conrad 2012; Said 1979). Und auch wenn heutige Wissensproduktion über nichtwestliche Gesellschaften nicht mehr vom offensichtlichen Rassismus kolonialer Diskurse geprägt ist, sind auch heutige Diskurse zu humanitärer Intervention, der *Responsibility to Protect*, Entwicklungshilfe usw. nicht frei von hierarchischen Konstruktionen nichtwestlicher Bevölkerungen als rückständig. Ähnlich wie bei kolonialen Diskursen tragen solche Diskurse dazu bei, Entscheidungen über die Köpfe der Betroffenen hinweg zu treffen (Chakrabarty 2000; Chandra 2013; Sabaratnam 2017; Stanski 2009; Zöhrer 2020). Auch die Internationalen Beziehungen als politikwissenschaftliche Teildisziplin selbst sind sowohl gegendert als auch durch Rassifizierung und Kolonialität geprägt (Vitalis 2015). Dementsprechend weisen de-/postkoloniale und feministische Forscher*innen regelmäßig auf die Notwendigkeit hin, Wissensbestände und -produktion auf solche Muster hin zu befragen und stärker auf Selbstreflexivität zu setzen (Gani und Marshall 2022; True und Hewitt 2018; Shilliam 2021).

3 Radikal umdenken!

Was folgt aus den oben beschriebenen Einsichten aus der feministischen sowie der de- und postkolonialen Forschung für die deutsche Außenpolitik und Außenpolitikberatung? Konkret lässt sich eine Reihe von Empfehlungen ableiten, die wir im Folgenden knapp skizzieren.⁶ Im Allgemeinen ist zu konstatieren, dass eine Integration feministischer Ansätze in die Außenpolitik nicht möglich ist, ohne globale (und lokale) Macht- und Herrschaftsverhältnisse aufzugreifen und zu hinterfragen. Damit steht eine feministische Außenpolitik im Widerspruch zu gewissen Kerntraditionen der Außenpolitik – wie z. B. Neutralität, Konsens und der Selbstauffassung vieler Diplomat*innen als Staatsdiener*innen (und nicht als konzeptionell-strategische Denker, wie Außenminister Joschka Fischer es schon 2000 forderte (Bundesregierung 2000)). Zudem muss vorwiegend geschickt werden, dass eine feministische Außenpolitik nur dann erfolgversprechend ist, wenn gleichzeitig Schritte unternommen werden, um auch innenpolitisch Machtasymmetrien und Diskriminierung zu

⁶ Wir beschränken uns dabei bewusst nicht auf vermeintlich „realistische“, einigermaßen einfach umsetzbare Empfehlungen, da diese Bewertung selbst teilweise ein Ergebnis gegenderter Konstruktionen ist, die alternative Optionen als „unrealistisch“ oder „utopisch“ verwerfen (Stengel 2020, S. 79, 105–106).

bekämpfen. Eine glaubwürdige feministische Außenpolitik erfordert also eine feministische Innenpolitik.

1. *Politik gegen Diskriminierung*: Feminist*innen eint nicht nur ein politisches Bekenntnis zu Geschlechtergerechtigkeit, sondern auch eine erklärte Politik gegen jegliche Form von Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, ethnischer Identität/Race, Klasse, sexueller Identität oder Orientierung, Religion o. ä. Neben normativen Erwägungen ist das u. a. in der empirischen Erkenntnis begründet, dass (Geschlechter-)Gerechtigkeit positive Effekte bezüglich der Bewältigung von (bewaffneten) Konflikten hat (Cohen und Karim 2022).
2. *Konsequenz gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung*: Mit dem Einsatz gegen Diskriminierung ist zudem eine generelle Politik zur Abschaffung von Gewalt- und Unterdrückungsverhältnissen verbunden, die durch eine egalitärere und emanzipatorische Politik ersetzt werden sollen (Achilleos-Sarll et al. 2023). Wie Marieke Fröhlich und Anna Hauschild in einem der wenigen Beiträge zu einer feministischen deutschen Außenpolitik anmahnen, erfordert das eine Politik, die sich „an den Perspektiven, Bedarfen und Lebensrealitäten der am meisten marginalisierten Menschen“ statt nur egoistischen Eigeninteressen westlicher Bevölkerungen oder gar nur der Wohlhabendsten orientiert (Fröhlich und Hauschild 2023, S. 36). Tatsächlich wird eine feministische Politik nicht umhinkommen, eine Umwandlung derjenigen sozialen Strukturen anzugehen, die zu Unterdrückung, Diskriminierung und Gewalt aufgrund von u. a. Geschlecht, sexueller Identität und Orientierung, Herkunft und Rassifizierung beitragen (Fröhlich und Hauschild 2023).
3. *Globaler Gemeinwohlpolitik*: In der Tat muss eine konsequent feministische Politik eine Umorientierung an einem globalen Gemeinwohl zum Ziel haben, die die (gleichwertige) menschliche Sicherheit aller in den Vordergrund rückt (Fröhlich und Hauschild 2023). Damit müssten aber nichts weniger als die Grundmaximen deutscher Politik hinterfragt werden. Denn dass die „Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland“ aus feministischer Sicht ein legitimes Politikziel darstellt, muss schon allein deswegen bezweifelt werden, da eine auf Gerechtigkeit ausgelegte Politik auf globale Solidarität statt nationalen Egoismus setzen müsste (Pogge 2005). In jedem Fall müsste eine feministische Außenpolitik entschlossene Schritte unternehmen, um die bereits laufende Klimakatastrophe aufzuhalten oder zumindest abzumildern. Denn derzeit lebt und wirtschaftet auch die deutsche Gesellschaft zu Lasten anderer, sowohl auf Kosten von Menschen in anderen Weltregionen als auch zukünftiger Generationen (Liboiron 2021). Eine feministische Außenpolitik muss hier zuallererst für eine Verschiebung der Prioritäten von Bequemlichkeit und privaten Profitinteressen hin zur Sicherung der menschlichen Fortexistenz auf diesem Planeten eintreten. Weder die Bekämpfung globaler Ungleichheit noch wirksamer Klimaschutz werden ohne weitreichende Regulierung kapitalistischer Produktionsweisen und Einschränkungen auch deutscher „Freiheiten“ funktionieren.⁷ Eine feministische Politik darf sich hier weder von fadenscheinigen Argumenten über angebliche Nullsummenspiele oder man-

⁷ In der Tat stellt sich die allgemeinere Frage, ob ein Wirtschaftssystem, das Gewinne privatisiert und Kosten der Allgemeinheit aufbürdet, dauerhaft tragbar ist (Magdoff und Foster 2011).

gelnden Realismus noch von Kampfbegriffen wie „Verzichtskultur“ ablenken lassen. Denn die am wenigsten rationale und machbare Politik ist die, die unseren Planeten weitgehend unbewohnbar macht, und der größte Verzicht ist der auf die eigene Fortexistenz.

4. *Reflexive Außenpolitik(-beratung)*: Eine wichtige Konsequenz postkolonial-feministischer Kritik wäre zudem, bestehende Wissensbestände auf mögliche Befangenheiten, Vorurteile und Verzerrungen hin zu befragen (vgl. Weller 2017).⁸ Inwieweit war beispielsweise die Entscheidung zum Militäreinsatz in Afghanistan jenseits seiner (inzwischen eher zweifelhaften) möglichen inhaltlichen Sinnhaftigkeit durch gegenderte, rassifizierte und/oder koloniale Argumentationsmuster beeinflusst? Wurde bestimmtes Wissen (z. B. der Area Studies, der Friedens- und Konfliktforschung oder aus afghanischen Quellen) im Vorfeld der Intervention ignoriert und wenn ja, aus welchen Gründen (vgl. Distler und Tekath 2023)? Welche Rolle spielen Erwägungen, die mit dem zu lösenden Politikproblem selbst nicht direkt zu tun haben (z. B. Bündnissolidarität)? Hier wäre es sinnvoll, Prozesse zu etablieren, die ein reflexives Element in außenpolitische Entscheidungs- und Beratungsprozesse einbeziehen. Außenpolitikberatung kann in diesem Kontext eine wichtige Rolle spielen, indem sie gezielt dominante Deutungsmuster hinterfragt (Godehardt 2015).⁹
5. *Diversifizierung von Entscheidungs- und Beratungsgremien*: Ein weiterer gewichtiger Punkt ist die personelle Diversifizierung außenpolitischer Entscheidungs- und Beratungsgremien. Ein Grundstein feministischer und allgemeiner konstruktivistischer und kritischer Forschung ist, dass auch Forschende unweigerlich in ihrer Interpretation durch ihre eigene Position in der Gesellschaft beeinflusst werden (Amoureaux und Steele 2016; Brunner 2017). Daraus folgt, dass mögliche maskuline, eurozentristische oder orientalistische Verzerrungen am ehesten aufgefangen werden können, wenn die vornehmlich männliche, weiße, heterosexuelle, cis-gender Perspektive deutscher Außenpolitik dadurch ergänzt wird, dass mehr Menschen einbezogen werden, die nicht diesem Schema entsprechen. Nicht nur schärfen eigene Diskriminierungserfahrungen die Sensibilität für Machtungleichgewichte, sondern auch die Managementforschung legt nahe, dass diverse Teams bessere Entscheidungen treffen (Rock und Grant 2016). So begrüßenswert beispielsweise die Einrichtung einer Enquete-Kommission zum Afghanistan-einsatz der Bundeswehr und dem vernetzten Ansatz ist (zumal ausgewiesene Expert*innen, auch aus dem Feld der kritischen Sicherheitsstudien, berufen wurden), so wenig ist zu erwarten, dass eine umfängliche Aufarbeitung gerade hinsichtlich

⁸ Cheung et al. (2022, S. 8) sprechen in diesem Zusammenhang von „empathischer Reflexivität“. Die durchaus komplizierte epistemologische Frage, ob es jemals ein unverzerrtes Bild geben kann, kann hier aus Platzgründen nicht diskutiert werden, wir würden sie aber mit Horkheimer (1937) verneinen. Das entbindet uns unseres Erachtens aber nicht davon, unsere Repräsentationen der Realität fortlaufend kritisch zu hinterfragen. Die Erkenntnis der sozialen Konstruktion der Realität sollte nicht in Fatalismus oder gar Nihilismus münden (Berger und Luckmann 1991).

⁹ Wenn Christian Mölling (2022) damit Recht hat, dass Sicherheitspolitik in Deutschland nicht kontinuierlich oder gar nicht ernsthaft debattiert wird, sondern immer nur *ad hoc* in konkreten Krisen an die Oberfläche tritt, um dort immer wieder neue Grundsatzdebatten auszulösen, erschwert das die Aufgabe reflexiver Politikberatung natürlich deutlich.

der dem Einsatz zugrunde liegenden Wissensproduktion ohne eine afghanische Perspektive erfolgreich sein kann. Das kann durch Anhörungen nur begrenzt ausgeglichen werden – zumal dann, wenn die Mitglieder ihre Arbeit nur im Nebenamt leisten.

6. *Hinterfragen von bestehenden Machtdynamiken:* Auch wenn eine diversere Besetzung von Positionen mit Entscheidungsverantwortung eine wichtige Forderung ist, darf sich eine feministische Außenpolitik nicht damit begnügen. Denn ein zentrales Argument feministischer IB-Forschung ist, dass der Staat und seine Institutionen selbst maskulin geprägt (und rassifiziert) sind (True und Hewitt 2018; Ray 2019). Dies zeigt sich etwa in den oben erwähnten Präferenzen für militärische Lösungen von Konflikten, aber auch in den hierarchischen Strukturen des Auswärtigen Dienstes und z. B. der Unvereinbarkeit von Karriere mit Familie. Dementsprechend muss eine konsequente feministische Außenpolitik notwendig auch eine Reform von Institutionen und standardisierten Verfahrensweisen mitbedenken.
7. *Verknüpfung von Außen- und Entwicklungspolitik mit Sicherheitspolitik:* Eine feministische Außenpolitik darf sich zudem nicht auf „weiche“ Themen beschränken. Auch wenn die Initiative für eine feministische Entwicklungspolitik begrüßenswert ist, wird sich der Erfolg einer feministischen Außenpolitik nicht zuletzt daran messen lassen müssen, inwieweit auch „harte“ Politikfelder wie Sicherheitspolitik mit einbezogen werden, in denen Feminismus bisweilen als vermeintlich pazifistisch (also unrealistisch) abgetan wird. Eine feministische Außenpolitik wird nur dann Erfolg haben, wenn sie nicht nur pragmatisch, sondern auch über Politikfelder hinweg kohärent ist.

Wie die genannten Empfehlungen zeigen, erfordert eine feministische Außenpolitik, die ihren Namen verdient, ein deutlich grundlegenderes Umdenken in der Außenpolitik als bisher diskutiert. Darüber hinaus wirft eine feministische Perspektive auch die Frage nach einer Demokratisierung deutscher Außenpolitik auf. Denn wenn Demokratie heißt, dass diejenigen, die von politischen Entscheidungen betroffen sind, auch irgendeine Form von Mitspracherecht genießen sollen, dann ist die deutsche Außenpolitik in weiten Teilen undemokratisch. Dieses demokratische Defizit der Außenpolitik ist insbesondere dort höchst problematisch, wo gewaltsame Mittel eingesetzt werden, die stets das Risiko ziviler Opfer beinhalten. Konsequent zu Ende gedacht erfordert das im Prinzip eine Demokratisierung der Außenpolitik – zumindest aber, dass an außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen genau dieselben Maßstäbe der Angemessenheit angelegt werden, die gelten, wenn die Folgen der Politik von (männlichen, weißen) Menschen in Deutschland getragen werden müssen.

Nicht zuletzt muss sich ein Bekenntnis zu einer feministischen Außenpolitik auch im Haushalt wiederfinden. Gerade hier sind allerdings Zweifel angebracht. Auf eine Anfrage im Bundestag antwortete das Auswärtige Amt, „derzeit“ seien für feministische Außenpolitik „keine zusätzlichen Mittel eingeplant“ (Deutscher Bundestag 2023, S. 77). Wie Ekkehart Krippendorff (2000) vor fast 25 Jahren bemerkt hat, tragen deutsche Bürger*innen Verantwortung für die in ihrem Namen unternommene Außenpolitik. Eine feministische Außenpolitik beginnt damit, dass wir alle

gemeinsam diese Verantwortung übernehmen – ohne die Augen vor unbequemen Wahrheiten zu verschließen.

Danksagung Dieser Aufsatz ist im Rahmen des DSF-Projekts „Gender in der deutschen Friedens- und Sicherheitspolitik“ (Projektnummer: FP 01/22 | FB1-PRO-08) entstanden. Die Förderung durch die Deutsche Stiftung Friedensforschung wird dankend anerkannt. Das Manuskript hat zudem von hilfreichen Diskussionen mit Niklas Balbon und Philipp Rotmann am GPPi in Berlin profitiert.

Funding Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

Open Access Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.

Literatur

- Achilleos-Sarll, C., Thomson, J., Haastrup, T., Färber, K., Cohn, C., & Kirby, P. (2023). The past, present, and future(s) of feminist foreign policy. *International Studies Review*, 25(1). <https://doi.org/10.1093/isr/viac068>.
- Aitken, R. (2022). Black Germany. Zur Entstehung einer Schwarzen Community in Deutschland. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 72(12), 4–10.
- Alpert, A. B., Ruddick, R., & Manzano, C. (2021). Rethinking sex-assigned-at-birth questions. *BMJ*, 373(8294), 347. <https://doi.org/10.1136/bmj.n1261>.
- Amoureaux, J. L., & Steele, B. J. (Hrsg.). (2016). *Reflexivity and international relations. Positionality, critique, and practice*. London: Routledge.
- Auswärtiges Amt (2023). Feministische Außenpolitik gestalten. Leitlinien des Auswärtigen Amts. <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2585008/d444590d5a7741acc6e37a142959170e/ll-ffp-data.pdf>. Zugegriffen: 30. Juli 2024.
- Barkawi, T., & Stanski, K. (Hrsg.). (2012). *Orientalism and war*. London: Hurst.
- Berger, P. L., & Luckmann, T. (1991). *The social construction of reality*. London: Penguin.
- Blackless, M., Charuvastra, A., Derryck, A., Fausto-Sterling, A., Lauzanne, K., & Lee, E. (2000). How sexually dimorphic are we? Review and synthesis. *American Journal of Human Biology*, 12(2), 151–166.
- Borrell, J. (2022, 13. Okt.). European diplomatic academy: Opening remarks by high representative Josep Borrell at the inauguration of the pilot programme. https://www.eeas.europa.eu/eeas/european-diplomatic-academy-opening-remarks-high-representative-josep-borrell-inauguration-pilot_en. Zugegriffen: 30. Juli 2024.
- Brabandt, H. (2017). Genderforschung in den Internationalen Beziehungen. In F. Sauer, & C. Masala (Hrsg.), *Handbuch Internationale Beziehungen* (S. 283–311). Wiesbaden: Springer VS.
- Brunner, C. (2017). Von Selbstdistanzierung zu Hegemonieselbstkritik. *Sicherheit und Frieden*, 35(4), 196–201.
- Bundesregierung (2000). Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Joschka Fischer, bei der ersten Konferenz der Leiterinnen und Leiter deutscher Auslandsvertretungen am 4. September 2000 in Berlin. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/rede-des-bundesministers-des-auswaertigen-joschka-fischer--784758>. Zugegriffen: 30. Juli 2024.
- Butler, J. (2007). *Gender trouble: Feminism and the subversion of identity*. New York: Routledge.

- Carreiras, H. (2017). Gendered organizational dynamics in military contexts. In R. Woodward, & C. Duncanson (Hrsg.), *The Palgrave International Handbook of Gender and the Military* (S. 105–124). London: Palgrave Macmillan.
- Carver, T. (2006). Being a man. *Government and Opposition*, 41(3), 450–468.
- Carver, T., & Lyddon, L. (2022). *Masculinities, gender and international relations*. Bristol: Bristol University Press.
- Chakrabarty, D. (2000). *Provincializing Europe: Postcolonial thought and historical difference*. Princeton: Princeton University Press.
- Chandra, U. (2013). The case for a postcolonial approach to the study of politics. *New Political Science*, 35(3), 479–491.
- Cheung, J., Gürsel, D., Kirchner, M. J., & Scheyer, V. (2022). Feministische Außenpolitik: Ein Leitfaden zur praktischen Umsetzung. Heinrich Böll Stiftung. https://www.boell.de/sites/default/files/2022-11/221029_wilf_feministische_aussenpolitik_de.pdf. Zugegriffen: 30. Juli 2024.
- Christensen, W. M., & Ferree, M. M. (2008). Cowboy of the world? Gender discourse and the Iraq war debate. *Qualitative Sociology*, 31(3), 287–306.
- Cohen, D. K., & Karim, S. M. (2022). Does more equality for women mean less war? Rethinking sex and gender inequality and political violence. *International Organization*, 76(2), 414–444.
- Cohn, C. (1987). Sex and death in the rational world of defense intellectuals. *Signs: Journal of Women in Culture and Society*, 12(4), 687–718.
- Cohn, C. (1993). Wars, wimps, and women: Talking gender and thinking war. In M. Cooke, & A. Woollacott (Hrsg.), *Gendering War Talk* (S. 227–246). Princeton: Princeton University Press.
- Collins, P. H. (2019). *Intersectionality as critical social theory*. Durham: Duke University Press.
- Conrad, S. (2012). *German colonialism: A short history*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Crenshaw, K. (1989). Demarginalizing the intersection of race and sex: A black feminist critique of anti-discrimination doctrine, feminist theory and antiracist politics. *University of Chicago Legal Forum*, 1989(1), 139–167.
- Crenshaw, K. (1991). Mapping the margins: Intersectionality, identity politics, and violence against women of color. *Stanford Law Review*, 43(6), 1241–1299.
- Deutscher Bundestag (2023). Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 6. März 2023 eingegangenen Antworten der Bundesregierung (20/5942). <https://dserver.bundestag.de/btd/20/059/2005942.pdf>.
- Distler, W., & Tekath, M. (2023). Knowledge and the governing of the interventionary object Mali in the German parliament. *European Journal of International Security*, 8(3), 319–336.
- DuBois, L. Z., & Shattuck-Heidorn, H. (2021). Challenging the binary: Gender/sex and the bio-logics of normalcy. *American Journal of Human Biology*, 33(5). <https://doi.org/10.1002/ajhb.23623>.
- Enloe, C. (2016). *Globalization and militarism: Feminists make the link*. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Fausto-Sterling, A. (2012). *Sex/gender: Biology in a social world*. New York: Routledge.
- Fröhlich, M., & Hauschild, A. (2023). Feministische Außenpolitik. Hintergründe und Praxis. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 73(17), 34–39.
- Gani, J. K., & Marshall, J. (2022). The impact of colonialism on policy and knowledge production in international relations. *International Affairs*, 98(1), 5–22.
- Godehardt, N. (2015). It's not about facts, it's about meaning: How do poststructuralists advise policy-makers in questions of international politics and security? Asia Research Division Working Paper, 1. http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitsspapiere/Gdh_Diskussionspapier_ISA2015_20150318.pdf. Zugegriffen: 30. Juli 2024.
- Hall, S. (1992). The West and the rest: Discourse and power. In S. Hall, D. Held, D. Hubert, & K. Thompson (Hrsg.), *Modernity: An introduction to modern societies* (S. 184–227). Oxford: Blackwell.
- Hansen, L. (2006). *Security as practice: Discourse analysis and the Bosnian war*. London: Routledge.
- Hooper, C. (2001). *Manly states: Masculinities, international relations, and gender politics*. New York: Columbia University Press.
- Horkheimer, M. (1937). Traditionelle und kritische Theorie. *Zeitschrift für Sozialforschung*, 6(2), 245–294.
- Hudson, H. (2005). "Doing" security as though humans matter: A feminist perspective on gender and the politics of human security. *Security Dialogue*, 36(2), 155–174.
- Inayatullah, N. (2014). Why do some people think they know what is good for others? In J. Edkins, & M. Zehfuss (Hrsg.), *Global Politics: A New Introduction* (S. 450–471). London: Routledge.
- Krippendorff, E. (2000). *Kritik der Außenpolitik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Liboiron, M. (2021). *Pollution is colonialism*. Durham: Duke University Press.
- Magdoff, F., & Foster, J. B. (2011). *What every environmentalist needs to know about capitalism*. New York: Monthly Review Press.
- Mölling, C. (2022). Sicherheitspolitik, Kommunikation und was wissenschaftliche Politikberatung durch Think Tanks beitragen kann. Ein Erfahrungsbericht. In M. Beuthner, U. Bonnütter, & J. A. Kanta-

- ra (Hrsg.), *Risiken, Krisen, Konflikte: Herausforderungen und Perspektiven medialer Vermittlungen* (S. 147–158). Wiesbaden: Springer VS.
- Müller, U. A. (2011). Far away so close: Race, whiteness, and German identity. *Identities*, 18(6), 620–645.
- Muppidi, H. (2012). *The colonial signs of international relations*. London: Hurst.
- Peterson, V. S. (2010). Gendered identities, ideologies, and practices in the context of war and militarism. In L. Sjoberg, & S. Via (Hrsg.), *Gender, War, and Militarism: Feminist Perspectives* (S. 17–29). Santa Barbara: ABC-CLIO.
- Peterson, V. S., & Runyan, A. S. (1993). *Global gender issues*. Boulder: Westview Press.
- Phoenix [@phoenix_de]. (2022, 23. März). „Mir bricht es das Herz!“ Außenministerin @ABaerbock berichtet von einem Treffen mit den Müttern von Srebrenica, „die beschrieben haben, wie die Spuren dieses Krieges in ihnen drin sind.“ Daher gehöre zur #Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts eine #feministische Sichtweise [Tweet]. X. https://x.com/phoenix_de/status/1506616922963591174.
- Pogge, T. W. (2005). Real world justice. *Journal of Ethics*, 9(1/2), 29–53.
- Ray, V. (2019). A theory of racialized organizations. *American Sociological Review*, 84(1), 26–53.
- Rock, D., & Grant, H. (2016). Why diverse teams are smarter. *Harvard Business Review*, 4(4), 2–5.
- Rotmann, P. (2022, 19. Okt.). Feministische Außenpolitik: Wandel muss wehtun! *Internationale Politik*. <https://internationalepolitik.de/de/feministische-aussenpolitik-wandel-muss-wehtun>. Zugegriffen: 30. Juli 2024.
- Sabaratnam, M. (2017). *Decolonising intervention: International statebuilding in Mozambique*. London: Rowman & Littlefield.
- Said, E. W. (1979). *Orientalism*. New York: Vintage.
- Salter, M. B. (2002). *Barbarians and civilization in international relations*. London: Pluto Press.
- Shilliam, R. (2021). *Decolonizing politics*. Cambridge: Polity Press.
- Sjoberg, L., & Via, S. (Hrsg.). (2010). *Gender, war, and militarism: Feminist perspectives*. Santa Barbara: ABC-CLIO.
- Standke-Erdmann, M. (2023). Feministische Außenpolitik – eine „unmögliche Allianz?“. *FriedensForum*, 2023(5). <https://www.friedenskooperative.de/friedensforum/artikel/feministische-aussenpolitik-eine-unmoegliche>. Zugriff: 30. Juli 2024.
- Stanski, K. (2009). “So these folks are aggressive”: An orientalist reading of “Afghan warlords”. *Security Dialogue*, 40(1), 73–94.
- Stengel, F. A. (2020). *The politics of military force: Antimilitarism, ideational change and post-cold war german security discourse*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Sterling, M., Armstrong, N., Cheek, O., & Ménard, A. D. (2023). Political views, not science: A response to the recent “cancel culture” special section. *Archives of Sexual Behavior*, 52(6), 2265–2268.
- SZ – Süddeutsche Zeitung (2015, 22. Sep.). Schröders Sprüche: „Familie und das ganze Gedöns“. <https://www.sueddeutsche.de/politik/schroeders-sprueche-familie-und-das-ganze-gedoens-1.2658859>. Zugegriffen: 30. Juli 2024.
- Thattamannil-Klug, A. (2015). Othering – zu „Anderen“ gemacht. *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung*, 4(1), 147–161.
- Tickner, J. A. (1988). Hans Morgenthau’s principles of political realism: A feminist reformulation. *Millennium*, 17(3), 429–440.
- True, J., & Hewitt, S. (2018). International relations and the gendered international. In A. Gofas, I. Hamati-Ataya, & N. Onuf (Hrsg.), *The Sage Handbook of the History, Philosophy and Sociology of International Relations* (S. 90–105). London: Sage.
- Vitalis, R. (2015). *White world order, black power politics: The birth of American international relations*. Ithaca: Cornell University Press.
- Waltz, K. N. (1979). *Theory of international politics*. Boston: McGraw-Hill.
- Weller, Christoph (2017). Friedensforschung als reflexive Wissenschaft. *S&F – Sicherheit und Frieden*, 35(4), 174–178.
- Wibben, A. T. R. (Hrsg.) (2016). *Researching war: Feminist methods, ethics and politics*. London: Routledge.
- Zilla, C. (2024a). Die Gewalt „der Anderen“. Feministische Außenpolitik nach der Zeitenwende. *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 17(2), 93–105.
- Zilla, C. (Hrsg.). (2024b). *Feministische Außen- und Entwicklungspolitik konkret. Anforderungen und Potenziale*. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Zöhrer, M. (2020). *Repräsentation ferner Wirklichkeiten: Umstrittene Wissensproduktion in wissenschaftlicher und humanitärer Praxis*. Baden-Baden: Nomos.

Hinweis des Verlags Der Verlag bleibt in Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutsadressen neutral.